Im Anschluß an die Bildung des Überprüfungsausschusses zur Inflationsbekämpfung festigten sich die Zinssätze im letzten Quartal 1975.

Die Erhebungen der CMHC vom Oktober 1975 bezüglich leerstehender Mietwohnungen ergab für alle Großstädte zusammen eine Durchschnittsrate von nur 1,2 % gegenüber 2,5 % im Juni 1974 und 3,4 % ein Jahr zuvor.

Insgesamt wurden 1975 7,599 Mia \$ in neue Wohneinheiten investiert, was einer 3 %igen Steigerung gegenüber dem Vorjahre mit 7,377 Mia \$ entspricht. Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr eine beträchtliche Anzahl neuer Wohnheime gebaut. Im Rahmen des Kanadischen Wohnungsbaugesetzes wurden 1975 solche Einheiten mit insgesamt 5885 neuen Betten - im wesentlichen für ältere Leute und Studenten - finanziert im Vergleich zu 6602 Betten im Vorjahre.

(Fotos mit Genehmigung der Central Mortgage and Housing Corporation)

Die "Patriierung" der kanadischen Verfassung

In einer Erklärung vor dem kanadischen Unterhaus forderte Ministerpräsident Trudeau am 9. April Schritte, um den "British North America Act (BNA)", Kanadas Grundgesetz, von einem Statut Großbritanniens in ein kanadisches Gesetz umzuwandeln. Ohne eine Frist für das Heimholen des BNA 109 Jahre nach seiner Verabschiedung in Großbritannien zu nennen, äußerte Trudeau, daß es wohl einiger Mühe wert sei, "diese nationale Angelegenheit zu bereinigen, sofern wir das können."

Der Ministerpräsident brachte im Unterhaus Briefe ein, die er an die Premierminister der Provinzen gerichtet hat und in denen, wie er sagte, alles Wesentliche über die Diskussionen steht, mit denen man im vergangenen Jahr nach einem Ausweg "aus einer konstitutionellen Sackgasse" suchte, "die seit nahezu 50 Jahren sowohl Bundes- wie Provinzregierungen aller politischen Richtungen frustriert hat". Bei dieser Sackgasse handele es sich um "das Problem, unsere einzigartige und wenig beneidenswerte Sonderstellung eines Landes abzuschaffen, das sich an das Parlament eines anderen Landes wenden muß, wenn es wesentliche Teile seiner Verfassung ändern will."

Es folgen Auszüge aus der Erklärung des Ministerpräsidenten.

* * * *

Ich glaube, daß Mißverständnisse hinsichtlich der Art aufgetreten sind, wie die Regierung oder ich persönlich an diese Angelegenheit herangehen. Selbstverständlich sind die "Patriierung" oder die Erreichung eines Mittels zur Änderung unserer Verfassung nicht in dem Sinne vordringlich, wie es die Inflationsbekämpfung oder Entscheidungen über den Ölpreis sind. Sie genießen auch nicht in gleichem Maße "Vorrang" wie die vielen anderen Prioritäten, welche die Regierung für neue politische Richtlinien oder Programme aufgestellt hat. Doch gibt es weniger pragmatische "Prioritäten", die wichtig sind, wenn die menschliche Gesellschaft durch Ungewißheit und Angriffe auf ihre Vertrauensbasis erschüttert wird, wie wir das in der heutigen Welt erleben. Bekräftigungen des nationalen Willens und Anzeichen für die kollektive Entschlossenheit, das Vertrauen in die Gesellschaftsformen und Werte zu erneuern und zu festigen, welche die Menschen verbinden, sind zwar symbolischer Natur, jedoch nicht minder bedeutungsvoll.

Meiner Ansicht nach handelte es sich um eine solche symbolische Bekräftigung, als das kanadische Parlament unsere Nationalflagge einführte. Wer wollte bezweifeln, daß dadurch unser Bewußtsein gestärkt worden ist, "Kanadier" oder zur Verfolgung wichtiger Ziele vereint zu sein? Eine ähnliche symbolische Bekräftigung fände wohl statt, wenn wir unser Vertrauen in unsere Regierungsform durch Beseitigung eines ihr seit Jahrzehnten anhaftenden Mangels äußern. Derlei Anliegen